

PRESSEMITTEILUNG

ULI SCKERL MdL

12.06.2015

Ehe für alle Thema im Landtag und Bundesrat

Nach der durch eine Volksabstimmung erlangten Öffnung der Ehe für Lesben und Schwule in Irland hat die Forderung auch in Deutschland neuen Wind bekommen. Deutschland sieht sich nach der von SPD und Grünen 2001 eingeführten Lebenspartnerschaft unter der jetzigen CDU-Regierung Merkel wieder ins europäische Mittelfeld bei der Gleichstellung zurückgeworfen. Viele andere Länder in Europa hätten lange die Ehe geöffnet, betonte der Landtagsabgeordnete Uli Sckerl. Auch angesichts der Akzeptanz für die Eheöffnung, die laut Umfragen eine deutliche Mehrheit der Deutschen äußere, sei ein Schritt wie nun in Irland überfällig. „Erneut ein schwaches Bild lieferte Guido Wolf, Spitzenkandidat der CDU, in aktuellen Landtagsdebatte ab: In Worthülsen verpackte Ressentiments, ein Herumgeeiere bei der Eheöffnung und ein klares Nein für den Wunsch von Lesben und Schwule Kinder zu adoptieren. Guido Wolf irrlichtert bei dieser wichtigen Frage“, kommentierte Uli Sckerl.

Nicht nur im Landtag hat die Debatte Wellen geschlagen: Am Freitag brachte Baden-Württemberg zusammen mit weiteren von SPD und Grünen regierten Ländern einen Gesetzesentwurf für die Öffnung der Ehe für gleichgeschlechtliche Paare in den Bundesrat ein. Dieser wurde in die Ausschüsse überwiesen. Beschlossen wurde ein Entschließungsantrag Niedersachsens, den Baden-Württemberg ebenfalls unterstützt. Darin wird die von Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU) geführte schwarz-rote Bundesregierung aufgefordert, die „vollständige Gleichbehandlung der Ehe von gleich- und verschiedengeschlechtlichen Paaren im gesamten Bundesrecht herzustellen“.